

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Band:** 11 (1931-1932)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Sozialismus in Theorie und Praxis  
**Autor:** Killer, K.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-331053>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

zuhängen, beweist die «Neue Zürcher Zeitung» durch einen Artikel in ihrem Handelsteil über «Lebenskosten und Löhne». Darin wird offen zugegeben, «daß es in den kommenden Monaten *ganz sicher wieder zu Lohnabbauversuchen im größten Stil kommen wird, selbst wenn die Preisentwicklung gleichzeitig ausgesprochen entgegengesetzt verlaufen sollte*». Also: der Lohnabbau wird kommen, auch wenn die Kosten der Lebenshaltung wieder ansteigen. Der Lohnabbau hat eben nach der «Neuen Zürcher Zeitung» gar nichts mit den Kosten der Lebenshaltung zu tun. Er bedeutet für die schweizerische Unternehmerschaft die Abwehr einer Verminderung ihrer Profitrate, die durch die Weltwirtschaftskrise eintreten könnte. Nichts mehr und nichts weniger. Auch das gibt die «Neue Zürcher Zeitung» rücksichtslos zu: «Die weitere Gelegenheit der Krise muß jedes Volk benützen, soviel als möglich am unrationellen Zustand seiner Wirtschaft abzubauen, *statt die Aufteilung der Krisenlasten dem Zufall oder dem Recht des Stärkeren zu überlassen.*»

Wir haben noch nichts davon gehört, daß die schweizerischen Unternehmer dazu übergegangen seien, planmäßig die schweizerische Volkswirtschaft zu lenken und zu leiten, um dadurch ihren unrationellen Zustand soviel als möglich abzubauen. Davon aber haben wir gehört, daß die schweizerischen Unternehmer in den letzten Wochen vom Recht des Stärkeren ergiebig Gebrauch machen und dort die Löhne und Gehälter abgebaut haben, wo ihnen dabei am wenigsten Widerstand erwachsen ist: bei den Angestellten und Beamten. Die Eingabe der VSA. an das Schweizerische Volkswirtschaftsdepartement vom 27. August 1931 bringt dafür eine Reihe von Beweisen.

Damit ergibt sich von neuem die Richtigkeit der alten Anschauung, daß Lohnfragen eben Machtfragen sind, und daß die Lohnhöhe weitgehend durch die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse bestimmt wird. Die organisierte Arbeiterschaft ist sich dessen bedeutend mehr bewußt als die Angestelltenschaft. Sie versucht deswegen seit jeher bei jeder sich ihr bietenden Gelegenheit, mehr Arbeitervetreter in die Parlamente zu wählen. Die Angestelltenschaft sollte endlich auch für den Gedanken reif werden, daß nur die Arbeitervetreter zugleich auch die Vertreter der Interessen der Angestelltenschaft in den Parlamenten sind.

---

## Sozialismus in Theorie und Praxis.

Von K. Killer.

Die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz hat sich jeweils vor den Wahlen durch Reden von Männern, denen die heutigen Mißstände noch zum Herzen gingen und die es nicht durch Tantiemen- und Dividendenkumulation betörten, dem Wahlvolk als Helferin aus den Nöten präsentiert. Sie als die Or-

ganisation des liberalen Gedankens, der sicherlich in der Weltgeschichte immer einen ruhmvollen Platz einnehmen wird, will glauben machen, daß es ihr heute noch möglich wäre, die Menschheitsfragen zu lösen, ohne Sozialisierung, ohne Zusammenfassung der ganzen Arbeiterklasse zum Kampf, um letzten Endes die Klassen aufzuheben und die Menschen wirklich zu befreien. Als Romantiker unter den Freisinnigen, dessen Geistesflug seine Partei so gerne benützte, wenn sie nicht sofort die Versprechen einlösen mußte, darf wohl Dr. Adrian von Arx, Bundesrichter, bezeichnet werden. Seine Stellung zum Sozialismus ist deshalb interessant, weil er wirklich des Glaubens war, tatsächlich mit dem Liberalismus die Welt bessern zu können. In einem Vortrag über «Liberalismus und Arbeiterfrage» 1929 äußerte er sich über die sozialistische Weltanschauung: «Es liegt der sozialistischen Lehre die Auffassung zugrunde, daß alles Geschehen unter den Menschen die blinde, von keinem Schöpfungshauch berührte Abwicklung äußerer wirtschaftlicher Bedingungen sei. Dem Willen zum Guten ist kein Raum gegeben. Die Welt stellt sich als seelenlose, tote Maschine dar, zwischen deren Riesenwalzen das Schicksal der Menschen läuft. Das ist die dunkle, mechanische Weltauffassung, welcher die Geschichte als die Zwangsvollstreckung wirtschaftlicher Notwendigkeit erscheint.»

Und A. von Arx erklärt: «Für die liberale Auffassung ist es der Geist, durch welchen die Geschichte der Menschheit bewegt wird. Ueber dem wirtschaftlichen Zwange steht ihr das sittliche Gebot des Sollens.» Das sozialdemokratische Ziel ist ihm eine Sackgasse, die für die Menschen ein Ende des Strebens und Bessermachens bedeutete.

Wir brauchen nur heute in der Welt Umschau zu halten, wie das «sittliche Gebot des Sollens» erfüllt wird. Die Massenarbeitslosigkeit, die den Ruin Einzelner und der Gesamtheit bringen kann, die wie ein böser Wurm an der sittlichen und physischen Kraft von Hunderttausenden nagt und Millionen gefährdet, könnte auf einen Schlag behoben werden, wenn nicht die Wirtschaft den Geist unterjochte. Gerade um den Geist zu befreien, muß die «seelenlose Maschine» in ihrem Gang geändert werden. Wir wollen Herren der Wirtschaft werden und nicht ewig ihre Knechte bleiben. Es ist lediglich eine Feststellung, die die sozialistische Theorie macht, wenn sie erklärt, daß die ökonomischen Verhältnisse von jeher die geistige und sittliche Entwicklung bedingt haben. Daß es aber ewig so bleiben müsse, wird kein Sozialist behaupten. Es ist denkbar und zu hoffen, daß nach Verschwinden der kapitalistischen Ordnung mit ihrem Massenelend die wirkliche Befreiung der Menschheit in jeder Hinsicht Fortschritte machen wird, wie sie auch in der Glanzzeit des Liberalismus nie vorgekommen sind, und daß erst dann ein Streben aller nach menschlicher Vervollkommnung eintritt.

Im Vordergrund unserer Zeit stehen die Sozialisierungs-

bestrebungen. Der Kongreß der sozialistischen Internationale in Wien hat mit seiner Resolution über die Wirtschaftslage die Gedanken auch in der bürgerlichen Welt wieder aufgerüttelt. In Anbetracht der schwierigen Lage sickert da und dort ein Tröpfchen Angstschweiß durch, es könnte am Ende doch gelingen, das Volk in seiner Mehrheit davon zu überzeugen, daß in der Sozialisierung der Ausweg aus dem Sumpf zu suchen sei. In einer großen Versammlung äußerte sich seinerzeit ein sehr bedeutender industrieller Führer liberaler Observanz über das Kapital als grundbildendem Element folgendermaßen: «Wenn von einer Million Menschen jeder einen Franken besitzt, so haben sie zusammen eine Million Franken; das bedeutet nichts! Wenn aber einer eine Million Franken hat, das ist etwas!» Es wird immer mehr Leuten klar, daß die Zusammenfassung aller Millionen Menschen zur Beherrschung der Wirtschaft wichtiger ist, als wenn man die Million des einzelnen über die Million Menschen regieren läßt. Da heißt es eben: Vergesellschaftung der Produktionsmittel!

Daß es sich nicht um eine sofortige Sozialisierung der gesamten Wirtschaft handeln kann, ist klar. Man wird da angreifen müssen, wo viel Zweige zusammenkommen. Und das ist in erster Linie das Bankwesen. Die Ereignisse der letzten Monate weisen ja mit feurigen Fingern darauf hin. Auch die Gegner des Staatssozialismus sind, sobald sich in privatwirtschaftlichen Banken Schwierigkeiten zeigen, sofort bereit, vom Staat Hilfe zu verlangen. Und wenn sie vielfach behaupten, daß die Verstaatlichung jede Initiative usw. lähme, wenn durch privatwirtschaftliche Mißgriffe große Verluste herbeigeführt worden sind, dann soll der wirtschaftlich so unbeholfene Staat doch sanieren helfen!

Zu rechter Zeit erscheint eine Dissertation über «Die fiskalische Bedeutung der Kantonalbanken in der Schweiz» von Dr. Max Fischer in Zofingen, die von der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich begutachtet worden ist. Während Dr. Hulftegger in seiner Schrift «Die Tätigkeit der öffentlichen Gemeinwesen der Schweiz auf privatwirtschaftlichem Gebiet» zum Schlusse kam, daß der Staat besser fahren würde, statt selbst ein Bankgeschäft zu betreiben, dieses der Privatwirtschaft zu überlassen und mit den gesetzlichen Steuern dem Fiskus zu helfen, stellt nun Dr. Fischer fest, daß die 22 Kantonalbanken etwa vier Millionen Franken mehr ihren Kantonen abliefern, als wenn sie wie Großbanken zur Steuer herangezogen würden. Der Staatsbetrieb ist demnach für die Gesamtheit rentabler als der private. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Kantonalbanken den vielen kleinen Leuten in Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie bessere Dienste leisten als die Großbanken. Es liegt hierin neuerdings ein Beweis, daß bei zweckmäßiger Organisation die Verstaatlichung gewisser Wirtschaftszweige der Allgemeinheit wirklich dient, und nicht wie in



der Privatwirtschaft die große Masse die Dienste weit überzahlen muß.

Die bürgerlichen Gegner werden deshalb je länger je weniger mit dem Gruseln vor der Sozialisierung operieren können. Es ist auch mit andern sozialistischen Theorien ähnlich. So konnte man vor einigen Wochen in bäuerlichen Zeitungen von einem Versuch der Landwirtschaftlichen Schule in Hohenheim (Württemberg) lesen, wonach ein Dorf bei Ulm als Großbetrieb bewirtschaftet werden soll und zwar vorderhand auf die Dauer von drei Jahren. Man führt eine motorisierte Felderbewirtschaftung durch, bei der die Grenzen der einzelnen bäuerlichen Felderbesitze beseitigt sind. Die Hausfrau soll entlastet werden und die Hauswirtschaft durch ein genossenschaftliches Betriebsgebäude gefördert werden. Darin befinden sich für das ganze Dorf ein gemeinschaftlicher Backofen, eine Waschküche, Badeanstalt usw. Die bisherigen Betriebsinhaber arbeiten mit größter Anteilnahme und sichtlicher Befriedigung. Das Schweiz. Bauernblatt, in dem ich diese Meldung las, schließt mit dem Satz: «Mit irgendwelchen politischen Ideen haben jedoch diese ernsthaften Versuche nichts zu tun!» Es wäre denn doch zu schrecklich feststellen zu müssen: «Ein Stück Sozialismus wird in Württemberg ausprobiert und macht gar kein dummes Gesicht.»

So werden «Utopien» nach und nach Realitäten, und das gibt unserer Weltanschauung auch äußerlich Kraft und wirbt für sie bei denen, die innerlich noch nicht von der Bedeutung des Sozialismus für die Menschheit überzeugt sind.

---

## Probleme der russischen Revolution.

Von *Emil J. Walter.*

Heute, wo der Bolschewismus mit dem Kampf um den Fünfjahresplan gleichzeitig um die Sicherung der bolschewistischen Diktatur wie der russischen Revolution überhaupt ringt, wo die widersprechendsten Vermutungen über die mutmaßliche Entwicklung in Rußland geäußert werden, müssen auch wir Sozialdemokraten uns intensiver denn je mit dem russischen Problem auseinandersetzen. So schroff auch die Gegensätze zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Form der Arbeiterbewegung aufflammten, so darf uns dieser Gegensatz nicht übersehen lassen, daß sich mit dem Schicksal der russischen Revolution das Schicksal der Arbeiterbewegung mitentscheidet. Das russische Problem beschäftigt heute Westeuropa stärker denn je. Nachdem es keinem Zweifel mehr unterliegen kann, daß die innere geistige Stoßkraft des Kommunismus in Westeuropa gebrochen ist, daß der westeuropäische Kommunismus in einer Reihe von Staaten der Auflösung entgegengeht oder sich im Denken der kommunistischen Massen und in der Haltung der